

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 215-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1132

Eingereicht am: 16.11.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Schnegg (Champozy, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Wie sieht die kantonale Praxis beim Einsatz externer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus?

Die Bundesverwaltung greift zusehends auf externe Arbeitskräfte zurück. Eine parlamentarische Kommission hat diese Praxis unter die Lupe genommen. In den von ihr untersuchten Bundesämtern sind 11 Prozent der Mitarbeitenden keine Beamten, sondern Angestellte von externen Unternehmen. Diese manchmal langfristig angestellten Personen sind aber sehr teuer, und sie werden ohne Ausschreibung und manchmal ohne Sicherheitsüberprüfung angestellt.

Die Ergebnisse der Kommissionsstudie erstaunen.

Doch wie sieht es in der bernischen Kantonsverwaltung aus?

Ein Zurückgreifen auf externe Unternehmen ist absolut gerechtfertigt, wenn Kompetenzen benötigt werden, die in der Verwaltung fehlen, und wenn die Anstellung für eine relativ kurze Dauer erfolgt. Für den Kanton wäre es hingegen schädlich, wenn er auf externe Mitarbeiter zurückgreifen würde, um so den Personalbestand zu erhöhen, ohne dies in den verschiedenen Berichten

direkt erwähnen zu müssen. Eine solche Praxis führt für die Steuerpflichtigen unweigerlich zu Mehrkosten.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie sehen die Vorschriften für oder gegen die Anstellung von externem Personal aus?
2. Wie viele externe Aufträge laufen derzeit in der Kantonsverwaltung (Anzahl beauftragter externer Firmen? Anzahl externer Personen, die in der Kantonsverwaltung arbeiten? Wie vielen Vollzeitstellen entspricht dies?)?
3. Wie hoch ist der jährliche Betrag, den der Kanton Bern ausgibt/investiert, um externe Mandate zu bezahlen (Jahr 2013)?
4. Wie verteilt sich dieser Betrag auf die einzelnen Direktionen?
5. Wie werden diese Beträge verbucht (Personalaufwand? Anderes?)?
6. Wie lange dauert ein solches externes Mandat im Durchschnitt (Arbeitstage pro externe Person)?
7. Wie lange war die Höchstdauer für ein solches Mandat?
8. Welche Risiken sieht der Kanton für solche Mandate? Wie geht man mit diesen Risiken um?
9. Welche Massnahmen werden getroffen, um die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten zu gewährleisten, auf die diese externen Mitarbeiter Zugriff haben?
10. Hingen die Aufgaben, mit denen externe Firmen beauftragt wurden, alle damit zusammen, dass die gefragten Kompetenzen intern nicht zur Verfügung standen? Wenn ja, warum?